

3.21 Weitere Einzelbereiche

Stellvertretend für viele andere zusätzliche Themen, mit denen sich der Vorstand und die Geschäftsstelle in den Jahren 2002/2003 befassen, seien an dieser Stelle erwähnt:

3.21.1 Sparprogramm der Hessischen Landesregierung

Im September 2003 verkündete die Hessische Landesregierung, dass aufgrund der Haushaltslage dramatische Einsparungen notwendig seien und etwa 1/3 der freiwilligen Leistungen des Landes in 2004 gestrichen werden müssten.

Etwa vier Wochen später wurden die Inhalte der Sparbeschlüsse bekannt, die für viele Initiativen und Organisationen eine erhebliche Einschränkung ihrer Arbeit oder gar das Aus bedeuteten.

Auch die agah war davon betroffen (vgl. Kap. 7). Während die Kürzungen für die agah selbst zwar schmerzlich waren, aber im Ergebnis nicht zu einer weiteren Reduzierung des Stammpersonals führten, waren viele Institutionen von einer erheblichen oder gänzlichen Streichung ihrer Zuwendung betroffen. Auch im Bereich der Migrations- und Integrationsarbeit mussten diese Kürzungen direkt oder mittelbar - wie im Bereich der Frauenhäuser bzw. Schuldnerberatungsstellen - negative Auswirkungen auf die Situation von Migrantinnen und Migranten haben.

Auch wenn die tatsächlichen Konsequenzen der Sparbeschlüsse bei vielen Institutionen bis zum Ende des Berichtszeitraumes noch nicht feststanden, war dennoch absehbar, dass damit in Jahrzehnten aufgebaute Strukturen gerade im sozialen Bereich zur Disposition standen.

Besondere Betroffenheit lösten bei den Ausländerbeiräten die dramatischen Einschnitte in der Migrationssozialberatung aus. Das Sparpaket der Landesregierung beherrschte in den letzten Monaten des Jahres 2003 fast jedes Gespräch, jede Vorstands- oder Plenarsitzung der agah.

Besonderes Anliegen der agah war dabei, mit ihren Möglichkeiten nicht nur Schadensbegrenzung zu betreiben, sondern sich gegenüber der

Hessischen Landesregierung und dem Landtag für den Erhalt und die zukunftsweisende Gestaltung von Integrationsmaßnahmen in Hessen durch das Land Hessen einzusetzen.

In einer Resolution vom Oktober 2003 betonten die Delegierten der agah, dass die Ausländerbeiräte in Hessen nicht die Notwendigkeit der Länder und des Bundes, bei sinkenden Steuereinnahmen Einsparungen in ihren Haushalten vorzunehmen, verkennen würden. Dies dürfe aber nicht dazu führen, dass Integration wegen Geldmangel auf der Strecke bliebe.

Ein gelungener Integrationsprozess setzt vielmehr ein Bündel verschiedenster Maßnahmen voraus. Sozialberatung, Angebote für misshandelte (ausländische) Frauen, Unterstützung in kritischen Lebenslagen und eine aktive Arbeit zum Abbau von Vorurteilen und rassistischen Einstellungen sind dabei mindestens ebenso wichtig. Diese Angebote für Ausländerinnen und Ausländer müssen in ihrer Gesamtheit und im Grundsatz weiter bestehen bleiben. Sie sind unverzichtbarer Bestandteil einer erfolgreichen Integrationspolitik. Sie dürfen nicht zur finanziellen Dispositionsmasse des Landes gehören. Dafür sind die Folgen viel zu dramatisch und teuer. Der innere Frieden und das Zusammenleben der Menschen sind viel zu wichtig.

Die agah forderte daher die Hessische Landesregierung auf, die vorgesehenen Kürzungen nochmals zu überprüfen und sicherzustellen, dass der Integrationsprozess in Hessen durch die ‚Operation sichere Zukunft‘ keinen bleibenden Schaden nimmt. Zudem wurde ein zukunftsorientiertes Konzept eingefordert, das dazu beiträgt, Integrationsmaßnahmen in ihrer Vielfalt zu erhalten und sie zugleich mehr an den Bedürfnissen der Betroffenen zu orientieren.

Diese Forderung wurde bis zum Ende des Berichtszeitraums u.a. in Gesprächen mit Ministerpräsident Koch (11.10.2003), Sozialministerin Lautenschläger (06.12.2003) und Sozialstaatssekretär Krämer (11.10.2003) vorgetragen. Selbstredend, dass auch der Festakt anlässlich des 20-jährigen Bestehens der agah am 14.10.2003 dafür genutzt wurde. Zudem beteiligte sich die agah an der Anhörung des Sozialpolitischen Arbeitskreises der SPD-Landtagsfraktion zu Auswirkungen der Mittelkürzungen der Hessischen Landesregierung am 06.11.2003 in Wiesbaden.

Mehr Geld für die Sprachförderung

Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte tagte in Bad Hersfeld

Von Mario Heymond

BAD HERSFELD. Die Arbeitsgemeinschaft der rund einhundert Ausländerbeiräte in Hessen (AGAH) tagte am Samstag in der Stadthalle. Dabei stellte sich auch die hessische Sozialministerin Silke Lautenschläger der Diskussion mit den 70 Delegierten. Schwerpunktthema waren die Kürzungen der hessischen Landesregierung im sozialen Bereich.

Statt 90 Millionen Euro sollen dem Sozialministerium im kommenden Jahr nur noch 60 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Hinsichtlich der Sprachförderung von Ausländerkindern konnte die Ministerin aber eine frohe Botschaft verkünden. Damit Ausländerkinder die deutsche Sprache erlernen können, will das Land Hessen seine Zuwendungen von derzeit 1,6 Millionen Euro auf 2,25 Millionen Euro erhöhen.

Gegen muß gefahren werden soll jedoch die Unterstützung der Sozialberatungen und der Integrationshilfen.



„Wir wollen eine Modernisierung und keine Streichung“, sagte AGAH-Geschäftsführerin Ulrike Foraci. Finanzmittel seitens des Landes könnten dafür aber erst wieder im Jahre 2008, so es die Haushaltslage zulässt, bereitstehen. Eine Umfinanzierung im kommenden Jahr sei nicht möglich.

Von den Kürzungen sind natürlich auch die Ausländer im Landkreis Hersfeld-Rotenburg betroffen. Laut Tatiana Fadeeva, stellvertretender

Vorsitzenden des Ausländerbeirates in Bad Hersfeld, steht ein Projekt zur Integration von Migranten auf der Höhen Luft vor dem Aus.

„Dem von der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland geleiteten Eingliederungsarbeit ist das Geld gestrichen worden. Eigentlich sollte diese Arbeit vier Jahre lang mit jeweils 23.000 Euro gestärkt werden. Jetzt ist nach nur sechs Monaten Schluss“, berichtet Fadeeva.

Nicht zufrieden ist sie da-

mit, dass das Frauenhaus in Fulda geschlossen wird. „Diese Frauen kommen dann nach Bad Hersfeld. Und die Hälfte von ihnen sind Ausländerinnen, um die wir uns besonders kümmern müssen“, sagt Fadeeva.

Froh ist sie jedoch darüber, dass im kommenden Jahr ein Projekt des Internationalen Bundes (IB) zur Integration ausländischer Menschen in Betrieben anlaufen soll. Dabei werden interessierte Mitbürger zu interkulturellen Vermittlern qualifiziert.

„Wer erfolgreich an dieser Schulung teilnimmt, bekommt ein Zertifikat und kann dann für ausländische Beschäftigte als Kontaktperson in Betrieben und Behörden auftreten und Hilfestellungen bei allen Fragen und auftretenden Problemen geben“, erklärt die stellvertretende Vorsitzende des Ausländerbeirates.

Damit die Lehrgangsteilnehmer auch richtig unterrichtet werden können sucht der IB schon im Vorfeld nach Firmen und Verwaltungen, die das Projekt unterstützen würden.

3.21.2 Europäische Verfassung

Gegen Ende des Berichtszeitraums fand die Gestaltung einer Europäischen Verfassung zunehmend Aufmerksamkeit in der öffentlichen Diskussion. Die AGAH interessierte dabei vor allem die Frage, welche Auswirkungen damit für in den EU-Staaten lebende Drittstaatsangehörige verbunden sein werden.

In einem ersten Gespräch wurde diese Frage mit dem in Hessen dafür zuständigen Staatsminister Riebel am 28.08.2003 ausführlich erörtert und die Positionen ausgetauscht.

Auch informierten sich Vertreter des Vorstandes auf der Fachtagung der Rechtsanwaltskammer Frankfurt „Europa in guter Verfassung“ am 24.10.2003 zu dieser Fragestellung.

3.21.3 EU-Erweiterung

Am 01. Mai 2004 steht die Erweiterung der EU um weitere zehn Mitgliedsstaaten an. Beitrittsländer sind: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern.

Um der Union beizutreten, müssen bestimmte wirtschaftliche und politische Voraussetzungen erfüllt sein (Stabilität der Institutionen, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte sowie Achtung und Schutz von Minderheiten; funktionierende Marktwirtschaft und die Übernahme der gemeinschaftlichen Regeln, Standards und Politiken, die die Gesamtheit des EU-Rechts darstellen).

Im Zusammenhang mit der Wahl des Europäischen Parlaments im Jahr 2004 waren deshalb diverse Fragen zu klären, angefangen bei der Aufklärung der Neuwähler/innen über den Ablauf des Wahlverfahrens bis hin zum Procedere der Eintragung in die Wählerverzeichnisse. (Vergleiche dazu Kapitel 3.2.3.3).

Weiterhin nahmen Vertreter/innen der agah am 06.11.2003 am 12. Hessischen Unternehmertag (Veranstalter: Vereinigung der Hessischen Unternehmerverbände) in Wiesbaden teil, der sich speziell mit dem Thema „Die EU-Osterweiterung“ befasste.

3.21.4 Gesundheit

Initiativen der agah im Gesundheitsbereich sind bereits in Kapitel 3.11.3 (Gesundheitsreform) und 3.5.1.7 (Einzelfälle) beschrieben. Nachzutragen ist an dieser Stelle noch die Fachtagung „Gesunde Integration“, die vom 20. bis 21. Februar 2003 in Berlin stattfand und von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration ausgerichtet wurde.

3.21.5 Verbraucherschutz

Nach dem Wechsel von Karl-Winfried Seif als Staatssekretär in das Hessische Ministerium für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz fand am 04. August 2003 erstmals ein offizielles Gespräch mit der Spitze dieses Hauses statt. Neben den im Kapitel 3.19 „Religion“ beschriebenen Aktivitäten zum Thema Tierschutz/Schächten, wurden vor allem auch Aspekte des Verbraucherschutzes angesprochen.

Die agah regte dabei an, mehrsprachige Informationsbroschüren zum Verbraucherschutz herauszugeben und bat aus aktuellem Anlass um eine verstärkte Lebensmittelüberwachung, die insbesondere die Kennzeichnung bzw. ausschließliche Verwendung der deklarierten Fleischsorten sicherstellt.

3.21.6 Spätaussiedler/innen

Auch wenn die Zusammenarbeit mit den Organisationen der Spätaussiedler/innen und Russlanddeutschen noch nicht in dem gewünschten Ausmaß stattfinden kann, ergeben sich doch immer wieder thematische Berührungspunkte.

Erfreulich ist, dass der Austausch insbesondere mit der Deutschen Jugend aus Russland weiter vertieft werden konnte, auch wenn vor allem aus zeitlichen Gründen die Kommunikation eher unregelmäßig stattfindet.

3.21.7 Sonstiges

Mit einer Frage zur Auflösung eines Ausländervereins und der Übertragung des Vereinsvermögens wandte sich der Ausländerbeirat Eltville am Rhein im Februar 2003 an die agah. Die Vereinssatzung wurde überprüft. Dort war eine Zuwendung an eine Einrichtung mit gleichen oder ähnlichen Zielen nicht zwingend vorgeschrieben. Der Ausländerbeirat Eltville am Rhein wurde über die Rechtslage unterrichtet.

Auch die nachfolgenden Veranstaltungen, an denen sich die agah mit Vertretern beteiligte, spiegeln einen weiteren Ausschnitt der Themenvielfalt unserer Arbeit wider, ohne dass sie in diesem Bericht angemessenen Raum finden können:

- ↓ 22.-24.03.2002 „European Intercultural Competence Programm“
Transnationale Konferenz des GRUNDTVIG-Projekts, Frankfurt am Main
Veranstalter: Deutsches Institut für Erwachsenenbildung
- ↓ 07.-08.05.2002 „European Intercultural Competence Programm“
Fachkonferenz des GRUNDTVIG-Projekts, Bonn
Veranstalter: Deutsches Institut für Erwachsenenbildung
- ↓ 03.06.2002 „Dialog zwischen den Zivilisationen – wie unterschiedliche Kulturen eine Gesellschaft bilden“
Diskussionsveranstaltung, Frankfurt
Veranstalter: Word Islamic Call Society
- ↓ 28.-29.06.2002 10. Jahreskolloquium, Berlin
Veranstalter: Alfred-Herrhausen-Gesellschaft für internationalen Dialog
- ↓ 13.09.2002 „Interkulturelle Wochen 2002“
Eröffnungsveranstaltung, Offenbach
Veranstalter: Stadt Offenbach
- ↓ 10.10.2002 „Deutsch-Türkischer Dialog“
Diskussion und Empfang, Frankfurt am Main
Veranstalter: Körber-Stiftung
- ↓ 16.10.2002 7. Herbstgespräch
Tagung, Wiesbaden
Veranstalter: Landesamt für Verfassungsschutz
- ↓ 07.-09.11.2002 Europäisches Sozialforum
Tagung, Florenz
Veranstalter: Diverse
- ↓ 29.04.2003 „Interkulturelle Kompetenz gegen Benachteiligung“
Tagung, Frankfurt am Main
Veranstalter: Interkultureller Rat in Deutschland

e.V.

- ↓ 26.06.2003 Verleihung des Hessischen Friedenspreises
Festakt, Wiesbaden
Veranstalter: Präsident des Hessischen Landtages
- ↓ 31.08.2003 „2. spanische Sommer-Fiesta“
Rodgau
Veranstalter: Club Espanol e.V.
- ↓ 19.09.2003 „Interkulturelle Wochen 2003“
Eröffnungsveranstaltung, Offenbach
Veranstalter: Magistrat der Stadt Offenbach
- ↓ 05.11.2003 „Wissengesellschaft und Globalisierung – Neue
Feindbilder des Extremismus?“
8. Herbstgespräch, Wiesbaden
Veranstalter: Hessisches Landesamt für Verfassungsschutz

